

Gertraud Diendorfer

Einleitung

Demokratie-Bildung, Politische Bildung – und/oder beides

Demokratie-Bildung und Politische Bildung sind Voraussetzungen für die persönliche, zivilgesellschaftliche und soziale Teilhabe von Individuen an der Gesellschaft. Am Beispiel der europäischen Integration (Stichwort Verfassungsdebatten, Eurobarometerumfragen über die Einstellung der Europäerinnen und Europäer zur EU etc.) wird deutlich, wie notwendig ein gesellschaftliches Mitgestalten und Partizipieren möglichst vieler Bürgerinnen und Bürger ist, um die gesellschaftlichen Entwicklungen, die auch von sozialen Konflikten und Exklusionen, politischer Apathie oder von Extremismus und Radikalisierung geprägt sind, bewältigen zu können. Partizipation wird somit zu einem Schlüsselbegriff sowohl in der schulischen wie der außerschulischen Bildungspraxis, denn wie es Viola Georgi formuliert, „wer partizipiert, lernt seine Interessen zu artikulieren, übt im Austausch mit anderen für diese zu werben, Gemeinschaft herzustellen sowie Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse zu beeinflussen.“¹ Im EU-Weißbuch über eine Europäische Kommunikationspolitik ist das Recht auf Teilnahme als wichtiger Grundsatz formuliert. In diesem Dokument wird Politische Bildung explizit als eines von drei Hauptzielen angesprochen. Unter der Kapitelüberschrift „Politische Bildung verbessern“ wird angeführt: „Politische Bildung, die in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fällt, ist eine Grundvoraussetzung dafür, dass die Menschen ihre politischen und bürgerlichen Rechte ausüben und in der öffentlichen Sphäre tätig werden können“² (siehe auch den Beitrag von Rosenberger i.d.B.).

In vielen nationalstaatlichen Demokratien und auf europäischer Ebene lässt sich ebenfalls ein zunehmendes Interesse an Politischer Bildung und eine demokratiepolitische Orientierung der Politischen Bildung verfolgen. Dies mag mit den gesellschaftspolitischen Entwicklungen (junge Demokratieentwicklung in den neuen osteuropäischen postkommunistischen Ländern) und Herausforderungen, aber auch mit den jeweiligen historischen, politischen, sozialen und kulturellen Traditionen sowie den institutionellen Entwicklungen im Bereich der Politischen Bildung in den einzelnen Ländern zusammenhängen. Einen Überblick über die Debatten und Trends in einzelnen Ländern im europäischen Kontext bietet der Beitrag von Wolfgang Sander in diesem Band. Er verweist auch auf die Schwierigkeiten, insbesondere auf die notwendige begriffliche Klärung und Präzisierung von Politischer Bildung und Demokratie-Bildung bzw. Demokratie-Lernen, die auch

durch die zunehmend geforderte europäische Orientierung und Zusammenarbeit verstärkt notwendig wird.

Ein Beispiel dafür ist auch das vom Europarat für 2005 ausgerufenen „Year of Citizenship through Education“, das in das Aktionsprogramm „Education for Democratic Citizenship“ (EDC) – 1997 auf einem Gipfel durch die Staats- und Regierungschefs verabschiedet – eingebettet ist. Das Motto des Jahres „Learning and Living Democracy“ wurde in Österreich mit „Europäisches Jahr der Politischen Bildung“ übersetzt, in Deutschland hingegen mit „Europäisches Jahr der Demokratieerziehung“³, der Europarat verwendet auch den Begriff des Demokratie-Lernens im EDC-Projekt. Für Sander ist dieser Begriff eine Kompromissformel, die mit den historischen Traditionen in den einzelnen Ländern zusammenhängt. Der englische Begriff „civic education“ wurde lange Zeit mit „staatsbürgerlicher Erziehung“ übersetzt, was auch lange das Konzept von Politischer Bildung z.B. in Deutschland und Österreich war, inzwischen aber, nicht zuletzt aufgrund der historischen Erfahrungen nicht mehr verwendet wird und durch den Begriff „Politische Bildung“ abgelöst wurde. Im Kontext der postkommunistischen Gesellschaften hingegen ist der Begriff „political education“ belastet durch die Erfahrungen mit politischer Indoktrination und die heute stark vorherrschende Distanz gegenüber Politik.⁴ Historische Erfahrungen spielen eine zentrale Rolle bei der Begriffsperzeption.

Trends und Konzepte

In der vorliegenden Publikation – sie dokumentiert die gleichnamige Tagung „Demokratie-Bildung in Europa. Herausforderungen für Österreich“, die im Rahmen des oben bereits angesprochenen Europaratsschwerpunktes und der österreichischen Aktionstage Politische Bildung 2005 in Wien stattfand (siehe auch den Beitrag von Steininger i.d.B.) – finden sich ebenfalls unterschiedliche Schreibweisen und Begrifflichkeiten. Im Vordergrund steht in erster Linie, herauszuarbeiten, welche Konzepte mit Demokratie-Bildung bzw. Demokratie-Lernen verbunden sind bzw. welche Bedeutung der Demokratie-Bildung und Politischen Bildung zukommt (siehe insbesondere die Beiträge von Sander, Filzmaier, Pelinka, Krüger). Die Positionen und Schwerpunkte liegen dabei bei der demokratiepolitischen Orientierung der Politischen Bildung, bei Ansätzen wie Education for Democratic Citizenship verknüpft mit Community Development oder Schulentwicklung. Die Trends bzw. Forderungen gehen in Richtung Professionalisierung und Internationalisierung.

Das Stichwort Professionalisierung zieht sich vor allem durch die Kapitel „Politische Bildung und Schulentwicklung“ und „Wie Politische Bildung unterrichten?“, die sich in erster Linie mit der aktuellen österreichischen Situation auseinandersetzen. Beschrieben wird der Umstand, dass in den Allgemein bildenden Höheren

Schulen seit 2001/2002 Politische Bildung im Fach Geschichte und Sozialkunde lehrplanmäßig verankert wurde, was eine neue Situation mit Auswirkungen auf die Aus- und Fortbildung der LehrerInnen und damit auch auf die Universitäten geschaffen hat. Die betroffenen Lehrerinnen und Lehrer bewerten diese Neuerung sehr unterschiedlich: einerseits als problematische Herausforderung, andererseits wird aber auch die Möglichkeit für innovative Entwicklungen durch Synergieeffekte sowohl für die politische Bildung als auch für den Geschichtsunterricht herausgearbeitet. Ein weiteres angesprochenes Thema ist, inwieweit Politische Bildung als Querschnittsmaterie und -thema überhaupt ein eigenes Fach braucht – dies wird von den AutorInnen in diesem Band eindeutig positiv beantwortet.

Politische Bildung im digitalisierten Medienzeitalter

Politische Bildung wird nicht nur über die primäre Sozialisationsinstanz Familie und die Schule vermittelt, sondern zunehmend über die Medien. Zwei Trends sind hier vorherrschend. Nicht nur neue Medien mit neuen Wissenszugängen, auch die Formen von Wissensvermittlung haben sich geändert, indem sich die Medien geändert haben. Auch die Gesellschaft hat sich zunehmend verwissenschaftlicht. Wissenschaftskommunikation und Konzepte von „Public Understanding of Science“ berühren Politische Bildung eminent. Durch die fortschreitende Medialisierung wird Politische Bildung, so Martin Bernhofer, „immer mehr zu einer Schnittstelle, an der Wissen aus allen Lebensbereichen, aus individuellen wie aus gesellschaftlich relevanten Perspektiven erfasst wird“⁵.

Das Konzept des „Lebenslangen Lernens“ und Demokratiekompetenz

Die gesellschaftlichen Entwicklungen werden zunehmend auf europäischer und globaler Ebene geformt und bestimmt. In diesem Buch wird daher der Frage nachgegangen, inwieweit die Europäische Union einen fördernden und unterstützenden Referenzrahmen für Demokratie-Bildung und Politische Bildung abgibt. Politische Bildung verfolgt handlungsorientierte Kompetenzen, um politische Teilhabe in der Wissensgesellschaft zu gewährleisten. Im Beitrag von Rosenberger werden entsprechende EU-Richtlinien, Programme und Strategiepapiere analysiert. Ergänzt wird dieser Themenbereich mit der Kurzdarstellung einer Studie über das politische Partizipationsverhalten von Jugendlichen in Europa.

Den Abschluss des Buches bildet eine Art Resümee, eine persönliche Bilanz der Aktivitäten, die im Europäischen Jahr der Politischen Bildung in Österreich stattgefunden haben, gezogen von Ulrike Schmitzer auf Basis ihrer journalistischen Begleitung der Aktionstage 2005.⁶

Abschließend möchte ich an all jene, die die Konferenz sowie das Buchprojekt gefördert und unterstützt und damit möglich gemacht haben, einen allgemeinen Dank aussprechen.

Anmerkungen

- 1 Georgi, Viola B.: *Demokratielernen in der Schule. Leitbild und Handlungsfelder*. Berlin 2006, www.fonds-ez.de/w/files/pdfs/finale_demokratie_lernen.pdf, S. 11.
- 2 Kommission der Europäischen Gemeinschaften, *Weißbuch über eine Europäische Kommunikationspolitik*, Brüssel 1.2.2006, KOM (2006) 35 endgültig, S. 7.
- 3 Siehe z.B. die Broschüre *Demokratie lernen, Demokratie leben*, herausgegeben vom Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V., Berlin 2005, sowie das Programmheft zu den Aktionstagen *Politische Bildung*, herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung in Bonn.
- 4 Siehe Sander i.d.B., S. 28.
- 5 Bernhofer i.d.B., S. 119.
- 6 Eine akustische Nachlese bietet die Ö1-Sendung „Dimensionen“ unter dem Titel „Demokratie-Bildung in Europa. Herausforderungen für Österreich“ vom 3.5.2005 sowie ein Salzburger Nachstudio vom 11. Mai 2005, abhörbar auf der Website des Demokratiezentrum Wien unter <http://www.demokratiezentrum.org/de/startseite/veranstaltungen/archiv/demokratiebildung/medienberichterstattung.html>.